

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI '94

18. Mai 1971

Reformarbeit ist wichtiger als zählen!

Zu einer Großen CDU-Anfrage über Jugendhilfe

Von Heinz Westphal

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Irreführungs-Taktik der CDU

Falschbehauptungen anstelle sachlicher
Oppositionsarbeit

Seite 3 / 42 Zeilen

Erschreckende Zahlen

Gefahren durch schwere Lastfahrzeuge im
Straßenverkehr

Von Georg Schlaga SPD-MdB

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Ecken
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8153
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 888 848/898 847/
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Reformarbeit ist wichtiger als zählen!

Zu einer Großen CDU-Anfrage über Jugendhilfe

Von Heinz Westphal

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Jugend, Familie und Gesundheit

Eine Gruppe von oppositionellen Abgeordneten hat Fragen nach der Situation, Struktur und Wirksamkeit der Jugendhilfe in der Bundesrepublik (Drucksache VI/2067) gestellt mit dem Ziel, die "Unterschiede zwischen christlich-demokratischer und sozial-demokratischer Jugendpolitik deutlich werden" zu lassen, wie es in einem Kommentar des Abgeordneten Rollmann heißt. Dies kann die CDU/CSU selbstverständlich gern haben, zumal sie damit von sich aus fordert, daß die Versäumnisse der Jugendhilfepolitik von Wüermeling bis Heck aufgeblättert werden. Während nämlich die Fachorganisationen der Jugendhilfe seit vielen Jahren die große Reform des Jugendwohlfahrtsrechts fordern und dafür beachtliche Denkschriften mit konkreten Vorschlägen veröffentlicht haben, begnügten sich die CDU-Minister mit einer Novellierung des JWG am Anfang der 60er Jahre zwecks Verfestigung überholter Auslegungen der hehren Subsidiaritätsprinzips.

Wüermeling löste damit den Streit vor dem Bundesverfassungsgericht aus, der endlich 1967 entschieden wurde, und zwar zugunsten einer partnerschaftlichen Auslegung über die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Kräften und gegen die antiquierten Nachrang-Vorstellungen der CDU-Verantwortlichen. Damit waren wertvolle Jahre verloren. Als Käthe Strobel das Amt des Jugendministers Ende 1969 übernahm, fand sie keine Vorarbeiten für die immer dringender werdende Re-

form des inzwischen fast fünfzig Jahre alten Jugendwohlfahrts-
gesetzes vor. Die bisher 18 Monate ihrer Amtszeit aber nützte
sie, um dem Reformkonzept für ein modernes Erziehungsrecht
mit konkretisierten Rechtsansprüchen auf Jugendhilfe den
Weg zu bereiten. Die von ihr berufene Kommission hat bereits
mehrere Arbeitstagungen hinter sich. Abschnitt für Abschnitt
entsteht das Gebäude eines zukunftsweisenden Jugendhilfege-
setzes, während zur gleichen Zeit die Teile, bei denen der
Bezug der Jugendhilfe zum Bildungsbereich am engsten ist,
also Elementareroziehung im vorschulischen Feld, außerschuli-
sche Jugendbildung und Ausbildungsförderung, in den Bildungs-
gesamtplan eingebaut werden und dort auch ihre ersten Quantifi-
zierungen hinsichtlich des Bedarfs und der Kosten im Zeitraum
bis 1985 erfahren.

Die Gruppe der CDU/CSU-Abgeordneten aber, die Herrn
Rollmanns papierernen Aktivitäten folgt, fragt nach Zahlen ab-
solut und prozentual über alle möglichen Jugendhilfeeinrich-
tungen auf örtlicher Ebene, über die eine gesetzlich in der
Vergangenheit verankerte Jugendhilfestatistik keine aus-
reichenden Aussagen macht und an deren Errichtung oder För-
derung der Bund aus verfassungsrechtlichen Zuständigkeits-
gründen mitwirken darf, wie Herr Rollmann wohl weiß. Da-
mit verlangt die CDU/CSU aber, daß Beamte Fragebogen entwer-
fen, Länderbehörden und Kommunen verärgert Zählarbeit leisten,
statt Jugendhilfe zu betreiben, daß Materialen, die ganze
Jugendberichte füllen könnten, mühsam gesammelt werden. Mit
aktiver Jugendpolitik hat dies nichts zu tun!

(-/ae/18.5.1971/bgy)

* + +

Irreführungs-Taktik der CDU

Falschbehauptungen anstelle sachlicher Oppositionsarbeit

Diese Opposition, der von allen seriösen Blättern ohne Recht und Möglichkeit auf Widerspruch nachgesagt werden kann, daß ihr alternativer Sachbeitrag zur Bewältigung der anstehenden Probleme gleich Null ist, diese Opposition hat sich eine neue Stör-Masche ausgedacht, mit der sie ihre Verunsicherungsmethode fortsetzen und ausbauen will. Die Taktik ist primitiv und einfach, aber zweifellos solange wirksam, als sich die Öffentlichkeit diese Dumm-dreistigkeit gefallen läßt.

Die Methode sieht so aus: Von irgendwelchen CDU-Stellen werden Behauptungen in die Welt gesetzt, die entweder überhaupt erfunden wurden oder die im benötigten Ausmaß verformt worden sind. Die dann ausgegebenen Dementis oder Richtigstellungen werden völlig ignoriert, damit unmittelbar darauf irgendein CDU-Politiker die ursprüngliche Behauptung wieder aufgreifen und möglichst sogar dazu eine Frage stellen kann, als ob die Bundesregierung bis zu diesem neuen Zeitpunkt die Antwort schuldig geblieben wäre.

Ein ganz aktueller Fall: Die CDU läßt die Behauptung verbreiten, daß die SPD und die Bundesregierung daran dächten, die Fünf-vH.-Sperrklausel bei Wahlgängen zu ändern und durch eine Drei-vH.-Klausel zu ersetzen. Der Bundeskanzler greift diese Sache vor dem SPD-Vorstand in aller Höflichkeit auf und erklärt die Behauptung als falsch, nachdem vor ihm schon sein Stellvertreter im SPD-Vorsitz, Herbert Wehner, und der FDP-Vorsitzende, Bundesaußenminister Walter Scheel, die CDU-Behauptung als unrichtig zurückgewiesen hatten. Das Brandt-Dementi ist noch nicht über die Agentur-Ticker verbreitet, da tut der CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck so, als gäbe es die Brandt-Äußerung nicht und läßt die falsche Behauptung im vollen Umfange wiederholen.

So also soll das Spiel mit der Wahrheit getrieben werden. Brandt hatte allen Anlaß, diese Taktik als "unverantwortliche Irreführung" der deutschen Öffentlichkeit zu brandmarken. Die CDU kann gewiß sein, daß ihr diese böse Taktik nicht um einen Millimeter weiterhelfen wird. Die Bundesregierung und ihre Koalitionsparteien werden Fall um Fall für die Anprangerung dieser CDU-Methode sorgen und unübersehbar deutlich machen, daß von der Opposition mit Mitteln gearbeitet wird, die mit den moralischen Selbstansprüchen einer Demokratie nicht zu vereinbaren sind.

(ee/ee/19.5.1971/bgy)

+ - +

Erschreckende Zahlen

Gefahren durch schwere Lastfahrzeuge im Straßenverkehr

Von Georg Schlaga SPD-MdB

Nach einer Analyse des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden besteht statistisch ein direkter Zusammenhang zwischen dem Bruttogewicht von Lastkraftwagen, die an Straßenverkehrsunfällen beteiligt waren, und dabei zu beklagenden Todesopfern. Wie das Statistische Bundesamt ermittelte, hatte der Betrieb von Lastfahrzeugen auf der Straße

mit 3 bis 9 t Bruttogewicht	7 Todesopfer
mit 10 bis 12 t Bruttogewicht	12 Todesopfer
mit 12 bis 16 t Bruttogewicht	20 Todesopfer
Über 17 t Bruttogewicht	29 Todesopfer

zur Folge. Dabei handelt es sich um Lastfahrzeuge, die an Unfällen beteiligt waren.

In einer Anfrage an die Bundesregierung habe ich um Auskunft gebeten, ob die Bundesregierung hieraus Konsequenzen zu ziehen beabsichtigt und Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die Zahl der Opfer zu verringern.

Das Bundesverkehrsministerium stellte in seiner Antwort fest, daß die Bundesregierung bereits durch eine Reihe von Maßnahmen, die überwiegend Bestandteil des Verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung für die Jahre 1968 bis 1972 sind, darauf hingewirkt hat, den Anteil des Schwerlastverkehrs zu vermindern. Dies geschah mit marktkonformen Mitteln, um in den Fällen, in denen eine andere Transportweise nicht möglich ist, die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht zu gefährden. Zu den Maßnahmen gehören die Ausgestaltung der

Kfz-Steuer, die Straßengüterverkehrssteuer, der neue § 11a GÜKG, die Förderung des kombinierten Verkehrs und des Gleisanschlußverkehrs.

Auf der anderen Seite wird alles getan, um die mit dem Schwerlastverkehr verbundenen Gefahren für die Verkehrssicherheit zu vermindern. Insbesondere sind hier die Heraufsetzung der Mindestmotorleistung sowie eine verstärkte Aufklärung und Verkehrserziehung und eine bessere Verkehrsdisziplin z.B. beim Überholen von Lkws zu nennen.

Ich habe außerdem den Bundesverband des deutschen Güterfernverkehrs aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen, was vom Verband und der ihm angeschlossenen Unternehmen getan wurde und getan werden wird, um dem Unfalltod auf Deutschlands Straßen durch Reduzierung des Anteils schwerer und schwerster Lastzüge gezielt zu begegnen und welche Leistungen erbracht werden, um zu den erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten, die durch Unfälle entstehen, einen angemessenen Deckungsbeitrag zu leisten. Ich selbst bezweifle, daß dieser Forderung durch die von den Haltern der Fahrzeuge zu entrichtenden Steuern entsprechen wird.

Wie ich in meinem Schreiben auch deutlich machte, zeichnen sich Schwertransporte durch Eigenschaften aus, die für den gesamten Straßenverkehr eine Behinderung und damit eine Gefahrenquelle sind, auch wenn in Einzelfällen die auslösende Unfallursache bei einem anderen Verkehrsteilnehmer liegen mag. Ich halte es daher für verfehlt, bei einer Betrachtungsweise stehenzubleiben, die allein nach dem Verschulden der Lastkraftwagenfahrer fragt, sondern bin der Auffassung, daß allein die Beteiligung hier der Maßstab ist, mit dem es zu messen gilt, wenn es um die Verantwortung gegenüber allen Verkehrsteilnehmern und gegenüber der Gesellschaft geht.

Wohl sind unternehmerischer Erfolg und Gewinnstreben nicht voneinander zu trennen; Profitmaximierung auf Kosten anderer jedoch gilt es zu bekämpfen! Der Bundesverband des deutschen Güterfernverkehrs ist aufgerufen, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

1-ae/18.5.1971/ksj